

Antrag

der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Johannes Vogel (Olpe), Katja Suding, Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Gerald Ullrich, Sandra Weeser und der Fraktion der FDP

Corona-Sofortprogramm für die Berufliche Bildung – Fachkräfte sichern, Digitalisierung beschleunigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wirken sich unmittelbar und in erheblichem Maße auf alle Bereiche der beruflichen Bildung aus. Krisengebeutelte Branchen rechnen mit einem Rückgang des Ausbildungsplatzangebots oder mit später abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Mit einem erheblichen Rückgang von Ausbildungsplätzen wäre ein verschärfter Fachkräftemangel nach der Krise vorprogrammiert. Damit Corona nicht zur Bildungskrise wird, ist eine Stärkung der beruflichen Bildung erforderlich. Das beste Programm für die Sicherung von Ausbildungsplätzen liegt in einer baldigen Entspannung der wirtschaftlichen Lage, sodass möglichst viele Unternehmen in die betriebliche Ausbildung ihrer künftigen Fachkräfte investieren können. Oberstes Ziel bleibt neben dem Gesundheitsschutz die Gewährleistung von Rahmenbedingungen, die allen Auszubildenden einen Erwerb der beruflichen Handlungsfähigkeit und einen erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung ermöglichen.

Alle Beteiligten stehen vor großen Herausforderungen. Berufsorientierungsangebote für angehende Schulabsolvent/innen wie Praktika, Ausbildungsmessen und die schulische Berufsberatung fallen im Zuge der pandemiebedingten Maßnahmen weitgehend

aus. Die gezielte Ansprache künftiger Auszubildender und die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz sind erheblich erschwert. Auszubildende erleben geschlossene Berufsschulen, das Ausbleiben oder die Umstellung auf digitale Lernangebote, den Ausfall oder die Verschiebung von Zwischen- und Abschlussprüfungen, Kurzarbeit und drängende Fragen zur beruflichen Zukunft. Auszubildende Betriebe kämpfen je nach Branche mit einem rasanten Anstieg der Arbeitsauslastung oder mit massiven Umsatzeinbußen und finanzieller Unsicherheit. Berufsschulen mussten innerhalb weniger Wochen auf digitale Kommunikations- und Lernmittel umstellen. Die Krise zeigt, wie zögerlich und unzureichend bisherige Digitalisierungsprogramme wie der DigitalPakt Schule umgesetzt wurden. Die Qualität digitaler Bildungsangebote schwankt sehr zwischen Schulen und Lehrkräften. Programme für Auslandsaufenthalte sind vollständig zum Erliegen gekommen.

Die Krise kann eine große Chance für Innovationen in der beruflichen Bildung sein. Jahrelange Diskussionen um geeignete Plattformen und Konzepte, Fragen des Datenschutzes und der Fortbildung von Lehrkräften finden in der Krise vorläufige, pragmatische Antworten. Diese Kreativität und Offenheit verdient jede Unterstützung durch die Politik. Der Freiraum für regionale Kooperationen und innovative Ausbildungsformate wächst. Digitale Lernformate wie Blended Learning eröffnen neue Chancen, die Ausbildung im ländlichen Raum zu stärken. Mit modernen Kommunikationsformaten können dauerhaft mehr junge Menschen für eine Ausbildung begeistert werden. Eingefahrene Routinen werden hinterfragt und die technische Ausstattung vorangetrieben. Diese Chancen gilt es zu nutzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

gemeinsam mit den Ländern, Kammern und Sozialpartnern

1. die Ausbildungsfähigkeit von Unternehmen mit einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung zu stärken durch
 - a. klare und transparent kommunizierte Öffnungsstrategien für alle Branchen, die gesundheitliche und wirtschaftliche Folgeschäden minimieren und auf willkürliche Detailregelungen für einzelne Branchen verzichten,
 - b. die zeitnahe Vorlage eines Gesetzentwurfs für eine „negative Gewinnsteuer“, durch den von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen durch die Finanzämter eine Liquiditätssoforthilfe ausgezahlt werden kann, wobei der letzte Steuerbescheid als Bemessungsgrundlage dienen soll;
2. Auszubildende und Ausbildungsbetriebe bei der Überbrückung eingeschränkter Ausbildungsmöglichkeiten zu unterstützen durch
 - a. eine Stärkung der Einstiegsqualifizierung als betriebsnahe Maßnahme, die auf einen zeitnahen, anrechenbaren Übergang in eine reguläre betriebliche Ausbildung ausgerichtet ist,
 - b. die vorübergehende Gewährung von Kurzarbeitergeld für Auszubildende bereits in den ersten sechs Wochen der betrieblichen Kurzarbeit unter Beibehaltung der gesetzlichen Pflicht der Betriebe zur Auszahlung der vollen Vergütung,
 - c. die Unterstützung von Betrieben, die Auszubildende, deren Ausbildungsvertrag aufgrund des Verlusts der Ausbildungsfähigkeit oder gar Schließung ihres Betriebs aufgelöst wird, übernehmen und deren Ausbildung fortführen;
3. die Berufsorientierung für angehende Schulabsolventen zu priorisieren durch
 - a. den Ausbau digitaler Plattformen zur Berufsberatung und Vermittlung von Ausbildungsplätzen,

- b. den zunehmenden Wiedereinsatz der von der Bundesagentur für Arbeit beschäftigten Berufsberater/innen, die derzeit vorübergehend die Bearbeitung von Kurzarbeitsanträgen unterstützen, für eine flächendeckende schulische Berufsberatung der Abschlussklassen noch vor den Sommerferien,
 - c. die Berücksichtigung externer Berufsberater/innen, Azubi-Botschafter/innen, Ansprechpersonen der Kammern sowie ausbildender Betriebe und öffentlicher Einrichtungen (bspw. Bundeswehr) etc. bei Öffnungskonzepten der Schulen in Abstimmung mit den Kultusminister/innen der Länder;
4. die Leistung der Auszubildenden und die Qualität ihrer Ausbildung in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen zu stärken durch
- a. die zeitnahe Durchführung verschobener Zwischen- und Abschlussprüfungen unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln,
 - b. die Gewährung ausreichender Zeit für Selbstlernphasen oder Online-Unterricht anstelle ausfallender Präsenzstunden in der Berufsschule,
 - c. eine Unterstützung der Betriebe durch die Kammern zur Fortführung der Ausbildung auch bei Kurzarbeit,
 - d. eine Wiederaufnahme internationaler Programme der Bildungsmobilität, sobald die epidemiologische Lage in den jeweiligen Zielländern es wieder zulässt;
5. den beschleunigten Ausbau zeitgemäßer Bildungsangebote an den Lernorten durch
- a. einen DigitalPakt 2.0 zwischen Bund und Ländern für die technische Ausstattung von Berufsschulen, Berufsschullehrkräften und Schüler/innen, die Sicherstellung einer laufenden Wartung und Modernisierung der technischen Infrastruktur und die Stärkung digitaler Lehrmethoden in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte,
 - b. die Weiterentwicklung und Verbreitung von Best-Practice-Beispielen, beispielsweise durch die Gründung eines Zentrums für digitale Berufsbildung am Bundesinstitut für Berufsbildung,
 - c. eine Stärkung der Stiftung Datenschutz zur Ausweitung ihres Informations- und Beratungsangebots in Fragen des Datenschutzes in der digitalen Bildung.

Berlin, den 26. Mai 2020

Christian Lindner und Fraktion

